



Die  
Bundesregierung

Aktuelles  
Dienstag, 29. April 2014  
*Washington-Reise*  
**Merkel besucht engen  
Verbündeten**

Bundeskanzlerin Merkel reist am Donnerstag auf Einladung von Präsident Obama in die Vereinigten Staaten. Ein Thema der Gespräche ist die Krise in der Ukraine. Außerdem kommt das geplante Freihandelsabkommen TTIP auf den Tisch. Die Reise von Bundeskanzlerin Angela Merkel steht im Zeichen der langjährigen deutsch-amerikanischen Partnerschaft. «Deutschland kann sich keinen besseren Partner wünschen als die Vereinigten Staaten von Amerika», hatte die Kanzlerin Anfang des Jahres in ihrer Regierungserklärung vor dem Bundestag erklärt.

#### *Enge Zusammenarbeit garantiert*

Am Freitagvormittag empfängt Präsident Barack Obama die Bundeskanzlerin im Weißen Haus. Zunächst erörtern die beiden Regierungschefs die derzeitigen Entwicklungen in der Ukraine. Daran schließt sich die Frage nach dem weiteren Vorgehen der internationalen Gemeinschaft an. Die EU und die USA arbeiten in der Ukraine-Krise sehr eng zusammen. Alle Maßnahmen wurden zwischen den Partnern abgestimmt. Sollte Russland keine Anzeichen hin zu einer Deeskalation der Lage in der Ukraine senden, könnten gemeinsam beschlossene Sanktionen der dritten Stufe eine Antwort sein.

#### *Brennpunkte der Weltpolitik*

Merkel und Obama werden sich zudem mit weiteren aktuellen Fragen der Weltpolitik befassen. Hierzu gehören die Verhandlungen mit dem Iran über das iranische Atomprogramm sowie die Lage in Syrien - auch mit Blick auf die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen im Juni. Zudem werden die Kanzlerin und der amerikanische Präsident über die Perspektiven im Nahen Osten sprechen. Die neunmonatige Frist für die von US-Außenminister John Kerry vermittelten israelisch-palästinensischen Friedensgespräche ist am Dienstag ohne Ergebnis abgelaufen.



*Die deutsch-amerikanischen Beziehungen sind eng.  
Foto: Bundesregierung/Denzel*

Die beiden Regierungschefs werden auch ihre jüngsten Eindrücke aus Asien erörtern: Obama kehrte am Dienstag von seiner achttägigen Asien-Reise zurück. Die Bundeskanzlerin traf kürzlich mit dem chinesischen Präsidenten Xi Jinping und der koreanischen Präsidentin Park zusammen.

#### *Finanzhilfen für die Ukraine*

Vor dem Hintergrund der Ukraine-Krise spielt auch das für den Nachmittag geplante Gespräch der Bundeskanzlerin mit IWF-Chefin Christine Lagarde eine wichtige Rolle. Hier wird es insbesondere um die Versorgungssicherheit der Ukraine gehen. Die geplanten Finanzhilfen des IWF sollen der Regierung in Kiew dabei helfen, ihre Gasschulden bei Russland zu begleichen.

#### *Transatlantisches Wirtschaftsabkommen*

Das geplante Freihandelsabkommen TTIP zwischen den USA und der EU rückt am frühen Nachmittag in den Mittelpunkt. Die Bundeskanzlerin wird hierzu eine Rede vor der US-Handelskammer halten. Geplant ist, die Verhandlungen zu dem transatlantischen Wirtschaftsabkommen Ende 2015 abzuschließen. Damit sollen Wachstumschancen verbessert und Arbeitsplätze geschaffen werden. Befürchtungen von Verbraucherschützern begegnet die Bundesregierung deutlich: Es werde kein Abkommen unterzeichnet, das Verbraucherstandards in der EU negativ beeinflussen könnte. Auch die NSA-Affäre wird ein Thema sein. Dieser Themenkomplex muss langfristig aufgearbeitet werden. Der geplante deutsch-amerikanische Cyber-Dialog ist hierfür ein wichtiger Schritt.

*Geiselnahme in der Ukraine*

## Russland muss Einfluss geltend machen

Die Bundesregierung verurteilt die Gefangennahme von OSZE-Beobachtern durch prorussische Separatisten auf das Schärfste. Bundesaußenminister Steinmeier forderte Russland auf, seinen Einfluss zu deren Freilassung geltend zu machen.

Bei seinem Besuch in Norwegen stellte Frank-Walter Steinmeier fest: «Die Lage in der Ukraine ist besorgniserregend und sie verschlechtert sich im Augenblick von Tag zu Tag». Es müsse nun «eine schnelle Lösung dieser Zuspitzung» geben, mahnte der Minister. «Ich habe viele Male mit den russischen Gesprächspartnern telefoniert und dringend darauf hingewiesen, dass jetzt auch Russland seinen Einfluss geltend machen muss, um zu einer schnellstmöglichen Befreiung zu kommen», bekräftigte er.

Er fordere von Russland, das Genfer Vierer-Abkommen endlich in die Tat umzusetzen. «Die Genfer Vereinbarung hätte die Basis sein können, für eine beginnende Deeskalierung der gesamten Situation. Aber noch ist der Punkt nicht erreicht, bei dem bei allen Beteiligten der Wille besteht, dieses Dokument wirklich in die Tat umzusetzen», monierte Steinmeier.

### *Bedingungslose Freilassung gefordert*

Regierungssprecher Steffen Seibert hatte am Montag klargestellt, die OSZE-Militärbeobachter, unter ihnen vier Deutsche, würden gegen jedes Recht und ohne jeden Grund gefangengehalten. «Die Bundesregierung verurteilt diese Geiselnahme auf das Schärfste.» Es handele sich um eine Eskalation, die sich unmittelbar gegen die internationale Gemeinschaft richte.

Die Männer waren am Vortag unter Waffenzwang der Öffentlichkeit vorgeführt worden. Diese öffentliche Zurschaustellung als Gefangene sei «abstoßend und verletzt in eklatanter Weise die Würde der Betroffenen», kritisierte Bundesaußenminister Steinmeier. Das sei «ein Verstoß gegen jede Regel des Umgangs und alle Standards, die gerade für spannungsgeladene Situationen wie diese gemacht sind.»

Regierungssprecher Seibert forderte die «Täter rund um den selbsternannten sogenannten Bürgermeister von Slawjansk» unmissverständlich auf, «diese Männer unverzüglich, bedingungslos und unverseht freizulassen.»

Die Bundesregierung unterstütze die intensiven Bemühungen der OSZE, diese Freilassung zu bewirken. Dass einer der Männer aus medizinischen



*Die OSZE-Beobachter spielen bei der Umsetzung der Genfer Vereinbarung in der Ukraine eine führende Rolle.*

*Foto: Reuters/Fedosenko*

Gründen in Freiheit kam, sei ein erster positiver Schritt; nun müsse die Freilassung aller Gefangener folgen.

### *Kooperation Russlands überfällig*

Seibert forderte von Moskau, sich aktiv zum Genfer Abkommen zu bekennen und sich für die Entlassung der Geiseln einzusetzen: «Wir fordern die russische Staatsführung auf, sich öffentlich wie intern für diese Freilassung einzusetzen, sich ganz klar von solchen Taten zu distanzieren und ihren Einfluss auf die prorussischen Kräfte in der Ostukraine genau für diese Freilassung zu nutzen».

Die Bundesregierung führe auf allen Ebenen Gespräche mit dem Ziel, diese widerrechtliche Gefangennahme so schnell wie möglich zu beenden.

### *Eintreten für Genfer Vereinbarungen*

Die Sorge der G7 mit Blick auf die fortgesetzten Bemühungen der Separatisten, den Osten der Ukraine zu destabilisieren, zeige sich als berechtigt. Von Russland sei weiterhin keine eindeutige Äußerung gegen die Umtriebe der Separatisten zu vernehmen, sagte Seibert.

«Wir hören weiterhin keine klare Stellungnahme für die Vereinbarungen von Genf, geschweige denn, dass Russland sich aktiv daran beteiligen würde, diese Vereinbarungen von Genf umzusetzen - so wie die Bundeskanzlerin es im Gespräch mit Staatspräsident Putin in der vergangene Woche gefordert hatte.»

Des weiteren forderte Seibert von Russland das Eintreten für die Genfer Erklärung. «Russland soll öffentlich machen, dass es die Erklärung von Genf voll unterstützt, dass es die bewaffneten prorussischen Gruppen in der Ukraine zu Gewaltlosigkeit und zu einem Niederlegen ihrer Waffen aufruft». Es solle seinen Beitrag zur

Deeskalation leisten – sowie seine Truppen zurückziehen.

Die Duma habe jedoch bisher die Autorisierung des Präsidenten für ein militärischen Eingreifen in der Ukraine nicht beendet. Stattdessen habe man eine Verstärkung der russischen Truppen unmittelbar an der ukrainischen Grenze erlebt.

#### *Weitere Sanktionsmaßnahmen*

«Wir setzen nicht auf eine militärische Lösung», stellte Seibert klar. «Gerade deshalb werden wir Maßnahmen anderer Art konsequent ergreifen.» Dazu gehörten, wenn nötig, auch Sanktionen. Ein Sondertreffen der ständigen Vertreter der EU in Brüssel beschloss am Montag, weitere 15 Personen mit Einreiseverboten und Kontensperrungen zu belegen.

#### *Die Genfer Vereinbarung*

Am 17. April hatten die Außenminister der Ukraine, Russlands, der USA und die EU-Außenbeauftragte konkrete, praktische Schritte zur Deeskalation vereinbart. Die Gesprächspartner haben sich zu folgendem verpflichtet:

1. Verzicht auf Gewalt
2. Entwaffnung illegaler Gruppen
3. Rückgabe besetzter Gebäude
4. Amnestie

Die OSZE als unabhängiger Beobachter unmittelbar vor Ort soll bei der Umsetzung eine führende Rolle spielen.

---

*Presse- und Informationsamt der Bundesregierung  
Samstag, 26. April 2014*

*Pressemitteilung: 128  
Ausgabejahr: 2014*

### **Erklärung der Staats- und Regierungschefs der G7 zur Ukraine**

Wir, die Staats- und Regierungschefs Deutschlands, Frankreichs, Italiens, Japans, Kanadas, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten, sowie der Präsident des Europäischen Rates und der Präsident der Europäischen Kommission bringen gemeinsam unsere tiefe Sorge über die von Russland unterstützten fortgesetzten Bemühungen von Separatisten zum Ausdruck, den Osten der Ukraine zu destabilisieren, sowie unsere Bereitschaft, weitere Schritte zu unternehmen, um für die Präsidentschaftswahlen am 25. Mai ein friedliches und stabiles Umfeld zu gewährleisten.

Wir begrüßten die positiven Schritte, die die Ukraine zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen nach der Genfer Vereinbarung vom 17. April unternommen hat, die von der Ukraine, Russland, der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten erzielt wurde. Diese Maßnahmen beinhalten Bemühungen um eine

Verfassungsreform und Dezentralisierung, den Vorschlag für ein Amnestiegesetz für diejenigen, die die von ihnen besetzten Gebäude im Osten der Ukraine friedlich räumen, und die Unterstützung der Arbeit der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Wir nehmen ferner zur Kenntnis, dass die ukrainische Regierung beim Umgang mit bewaffneten Banden, die illegal Regierungsgebäude besetzt und illegale Kontrollstellen errichtet haben, Zurückhaltung übt. Im Gegensatz dazu hat Russland keine konkreten Maßnahmen zur Unterstützung der Genfer Vereinbarung getroffen. Russland hat die Vereinbarung weder öffentlich unterstützt noch die Handlungen von separatistenfreundlichen Kräften verurteilt, die die Ukraine destabilisieren wollen, noch die bewaffneten militanten Gruppen aufgerufen, die von ihnen besetzten Regierungsgebäude friedlich zu räumen und die Waffen niederzulegen. Stattdessen trägt Russland durch eine zunehmend besorgniserregende Rhetorik und die laufenden bedrohlichen Militärmanöver an der ukrainischen Grenze zu einer weiteren Eskalation der Spannungen bei.

Wir bekräftigen, dass wir Russlands illegalen Versuch, die Krim und Sewastopol zu annektieren, scharf verurteilen; dies erkennen wir nicht an. Wir werden jetzt die rechtlichen und praktischen Konsequenzen dieser illegalen Annektierung vollständig umsetzen, wozu auch die Bereiche Wirtschaft, Handel und Finanzen gehören.

Wir sind jetzt übereingekommen, dass wir zügig vorgehen werden, um zusätzliche Sanktionen gegen Russland zu verhängen. Angesichts dessen, dass die Chance für eine erfolgreiche und friedliche demokratische Abstimmung bei den Präsidentschaftswahlen in der Ukraine im nächsten Monat dringlich gewahrt werden muss, haben wir uns verpflichtet, unverzüglich zu handeln, um gezielte Sanktionen und Maßnahmen mit dem Ziel zu verstärken, den Preis für die Aktionen Russlands zu erhöhen.

Russlands Aktionen in der Ukraine und die Antwort der internationalen Gemeinschaft belasten die russische Wirtschaft bereits erheblich. Während wir uns weiterhin darauf einstellen, zu umfassenderen abgestimmten Sanktionen, darunter sektorbezogene Maßnahmen, sollten die Gegebenheiten dies rechtfertigen, überzugehen, wozu wir uns am 24. März in Den Haag verpflichtet haben, betonen wir zugleich, dass die Tür für eine diplomatische Lösung dieser Krise auf der Grundlage der Genfer Vereinbarung offen bleibt. Wir rufen Russland nachdrücklich auf, diesen Weg mit uns zu beschreiten.

**Pressemitteilung**
**Die Deutschen in Russland dürfen nicht zu Geiseln der großen Politik werden.**

„Unsere Zusammenarbeit wird unter der großen Politik nicht leiden. Wir versuchen, sie zügig und ohne Einbrüche weiterzuführen. Die Bundesregierung steht wie die Vorgängerregierungen zu ihrer historisch-moralischen Verantwortung, die Russland-deutschen zu unterstützen und durch Gewährung von vielfältigen Hilfen eine bessere Lebens- und Zukunftsperspektive zu ermöglichen. Wir bemühen uns, unsere Hilfen so zu gestalten, dass die Russlanddeutschen unter Bewahrung und Weiterentwicklung der deutschen kulturellen Identität zum einen in der Lage sind, eine positive Rolle in ihrer Zivilgesellschaft zu spielen. Zum anderen sollen sie als Brücke der Verständigung und Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern wirken können,“ - erklärte der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Hartmut Koschyk, MdB, zu Beginn des Gesprächs mit dem Präsidenten der Föderalen National-Kulturellen Autonomie der Russlanddeutschen, Heinrich Martens, am 8. April 2014 in Berlin.

In dem Gespräch wurden grundsätzliche Fragen des Förderprogramms der deutschen Bundesregierung erörtert - insbesondere die Intensivierung der bereits seit Jahren laufenden Maßnahmen in den Bereichen Sprachförderung, Ausbildung von jungen Nachwuchskräften sowie Steigerung der Attraktivität der Begegnungsstätten für die Jugendlichen und weitere Verbesserung der Effizienz des deutschen Programms durch gezielte Zusammenarbeit mit bundesdeutschen Einrichtungen und Institutionen.

Zu den von Heinrich Martens vorgetragenen Initiativen bezüglich der bisher nicht erfolgten Rehabilitierung und der damit verbundenen Frage nach Möglichkeiten der Unterstützung durch die Bundesregierung erklärte Herr Koschyk, es sei vor allem Angelegenheit der Deutschen in Russland und ihrer Selbstorganisation, ein tragfähiges, realistisches Konzept in möglichst breiter Diskussion mit allen gesellschaftlichen Kräften der Deutschen in Russland zu erarbeiten und dieses Konzept der russischen Regierung zu unterbreiten. Wenn die russische Regierung hierzu gegenüber der deutschen Bundesregierung Gesprächsbereitschaft signalisiert, werden wir dies gerne aufgreifen. „Sie leben in Russland und deswegen müssen sie zunächst mit der russischen Regierung ihre Anliegen besprechen. Wir werden ihnen dabei in Kooperation mit der russischen Regierung stets zur Seite stehen,“ pflichtete der ebenfalls anwesende Heinrich Zertik, MdB, selbst ein Kasachstandeutscher, Hartmut Koschyk bei.

Abschließend wurde das Thema Weiterentwicklung der Partnerschaften zwischen den zentralen Dachorganisationen - der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland in der Bundesrepublik Deutschland und der Selbstorganisation der Deutschen in Russland - mit dem Bundesvorsitzenden der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, Waldemar Eisenbraun, und weiteren Vorstandsmitgliedern der Landsmannschaft diskutiert. „In den Partnerschaften sehe ich ein großes Potential, die Lebensperspektive der deutschen Minderheit in Russland weiter zu verbessern. Die Russlanddeutschen sollen zu einem bedeutenden Faktor in den deutsch-russischen Beziehungen werden.“ erklärte Koschyk am Ende des Gesprächs.

**Bildunterschriften:**

*Bild 01 v.l.n.r.* Dr. Alexander Schumacher (Referatsleiter BMI), Bundesbeauftragter Hartmut Koschyk MdB, Olga Martens (Vorsitzende des Internationalen Verbandes der deutschen Kultur), Heinrich Martens (Präsident der Föderalen National-Kulturellen Autonomie der Russlanddeutschen) und Herr Heinrich Zertik MdB



*Bild 02 v.l.n.r.* Dr. Alexander Schumacher (Referatsleiter BMI), Alexander Rupp (Mitglied im Bundesvorstand Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e.V.), Waldemar Eisenbraun (Bundesvorsitzender der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e.V.), Walter Gauks (Bundesvorsitzender der Jugendorganisation der Landsmannschaft), Olga Martens (Vorsitzende des Internationalen Verbandes der deutschen Kultur), Heinrich Martens (Präsident der Föderalen National-Kulturellen Autonomie der Russlanddeutschen), Bundesbeauftragter Hartmut Koschyk MdB und Heinrich Zertik MdB


**IMPRESSUM**

ZEITUNG "ORENBURGER ALLGEMEINE". Reg. Nr. E-0145 „Mitglied im IMH-Netzwerk deutschsprachiger Auslandsmedien (www.deutschsprachig.de)“

Chefredakteur: Andrej Tichomirow. Redaktion: Leonid Reisch.

E-Mail: orenburgerallgemeine@narod.ru Website: <http://gazetavseti.narod.ru/orenburgerallgemeine.htm>

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Textnachdruck nur gegen Copyright-Vermerk: Zeitung "Orenburger Allgemeine".